

ANTRÄGE

1) Kind(er)- und jugendgerechter Wohnbau

GRin. **Potzinger** stellt namens der ÖVP, SPÖ, KPÖ, Grüne und FPÖ folgenden Antrag:

GRin. **Potzinger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren! Das Kinderbüro hat in den letzten Jahren hervorragende Arbeit geleistet, Lobbying für Kinder im besten Sinne des Wortes und immer wieder bei Fachtagungen konkrete Forderungen erarbeitet. Um eine ganz wichtige Forderung geht es in unserem gemeinsamen Antrag, um kinder- und jugendgerechten Wohnbau. Räumliche Bedingungen im Wohnumfeld von Kindern und Erwachsenen haben sich verändert. Freiräume werden zunehmend weniger oder fallen ganz weg. Dies ist einerseits immer wieder Anlass für Konflikte zwischen BewohnerInnen, andererseits stellt es eine massive Einschränkung der Entwicklungsbedingungen von Kindern und Jugendlichen dar.

Die Ursachen für solche Konflikte sind mit Sicherheit vielfältig. In vielen Fällen sind sie bereits in der Planung der oft riesigen Wohnanlagen begründet, die auf die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen nicht ausreichend eingeht, beziehungsweise auf sie schlichtweg vergisst.

Dies betrifft beispielsweise die Freiraumgestaltung für Kinder und Jugendliche. Die Spielplätze sind großteils nur für Kleinstkinder ansprechend, Schulkindern und Jugendlichen fehlen Aufenthaltsmöglichkeiten im nahen Wohnumfeld. Darüber hinaus sind derzeit keine Aufenthaltsräumlichkeiten für die kalte Jahreszeit vorgesehen. Beispielsweise gibt es bei jeder Wohnanlage wohl eine Sandkiste, aber wo ist zum Beispiel ein Beach-Volleyball-Platz für die Jugend und wo sind Partyräumlichkeiten, wo sie sich treffen können, diskutieren können und nicht angewiesen sind, in ein Gasthaus zu gehen.

Es liegt in der Verantwortung von uns Erwachsenen, unter Einbeziehung der betreffenden Kinder und Jugendlichen, die für sie notwendigen Bedingungen für ein gesundes kindgerechtes Aufwachsen zu gewährleisten. So gab es im Jahr 2002 im Haus der Architektur eine vom Kinderbüro initiierte und organisierte Fachtagung zum

Thema Wohnbau und dort wurde folgende Empfehlung formuliert, die der Motivenbericht unseres Antrages nun beinhaltet:

„Es ist Aufgabe der Architektur: Raum und Schutz zu bieten für die ersten Schritte in die Gesellschaft; den Kindern zu ermöglichen, ihrer Phantasie und ihrem Bewegungsdrang freien Lauf zu lassen und gleichzeitig doch Halt zu geben gegenüber von Gefahrenquellen. Die Gestaltung der Räume soll Geborgenheit und Freude vermitteln, Gemeinschaft fördern, aber auch Rückzugsmöglichkeiten bieten.“

Namens der im Gemeinderat vertretenen Parteien von ÖVP, SPÖ, KPÖ, FPÖ und der GRÜNEN stelle ich daher den

A n t r a g:

Die Stadt Graz fordert die Steiermärkische Landesregierung auf, in Hinkunft, Kind(er)gerechtigkeit in allen, das Wohnumfeld betreffenden baulichen Maßnahmen, insbesondere im Wohnbau, als verbindliches Kriterium einzuführen. Hierfür notwendige Gesetzesnovellierungen sollen unter Einbeziehung von ExpertInnen wie dem Kinderbüro Graz stattfinden (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Ich danke denen, die zugehört haben, für die Aufmerksamkeit (Applaus ÖVP).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Info- und Serviceleistungen für Bürgerinnen und Bürger, die Interesse haben, in Graz ihren Hauptwohnsitz zu melden.

GR. Hohensinner stellt folgenden Antrag:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat! Je mehr Bürgerinnen und Bürger nach Graz ziehen beziehungsweise den Hauptwohnsitz in unserer Stadt wählen, desto mehr Geld bekommen wir vom Bund, um die Infrastruktur und die Lebensqualität zu gewährleisten und auszubauen. Das ist eine oft gepriesene Formel, doch bieten wir momentan keine aktive Unterstützung beim Zuzug.

Die Wohnungsinformationsstelle der Stadt Graz bietet schon seit 20 Jahren Grazerinnen und Grazern Infos und Services zum Thema Wohnen. Leider wird dieses Angebot kaum bis gar nicht an Bürgerinnen und Bürger herangetragen, welche Interesse haben, nach Graz zu ziehen.

Daher stelle ich namens des ÖVP–Gemeinderatsclubs den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge Folgendes beschließen:

Die zuständige Magistratsabteilung, Amt für Wohnungsangelegenheiten, wird beauftragt, ein Informations- beziehungsweise Serviceangebot speziell für Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, die Interesse haben, in Graz ihren Hauptwohnsitz zu melden.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Radweg Peter-Tunner-Gasse/Kalvariengürtel

GR. **Slamanig** stellt folgenden Antrag:

GR. **Slamanig**: Meine geschätzten Damen und Herren! Da geht es um einen Vorschlag, das Radwegnetz zu erweitern oder zu verbessern. Das Grazer Radwegenetz weist im Bereich der Peter-Tunner-Gasse bis zum Kalvariengürtel eine Lücke auf. In diesem Gebiet sind in den vergangenen Jahren zahlreiche neue Wohnungen entstanden, weshalb es immer mehr Anregungen gibt, diese Lücke zu schließen. Besonders im Bereich der Eisenbahnunterführung Peter-Tunner-Gasse ist die Sicherheit für die RadfahrerInnen sehr eingeschränkt.

Namens der KPÖ-Fraktion stelle ich deshalb folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des Magistrates werden beauftragt, die Möglichkeiten für einen Lückenschluss des Radwegenetzes im Bereich Peter-Tunner-Gasse/Kalvariengürtel zu prüfen.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Kultur Graz

GRin. **Binder** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Antrag betrifft die Verpflichtung der Stadt Graz, das enorme Potential der Freien Szene verstärkt zu unterstützen beziehungsweise Kultur als Standortfaktor endlich auch auf Schiene zu bringen. Denn Diskussionen um die Grazer Kulturlandschaft haben dieser Tage wieder Schlagzeilen gemacht. Die Verhandlungen um eine Fusion mit der KSG des Landes Steiermark sind gescheitert und auch die Evaluierung der Freien Szene hat teilweise einschneidende Veränderungen für die

Kulturschaffenden der Landeshauptstadt gebracht. Graz hat sich mit den Finanzierungen rund um die Europäische Kulturhauptstadt dafür entschieden, Kultur als Standortfaktor zu begreifen. Auch wenn einzelne Entscheidungen gefallen sind, wie zum Beispiel die Evaluierung der Theater der Freien Szene (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) bleiben ganz wesentliche und grundlegende Fragen für diese Stadt nach wie vor unbeantwortet: Nämlich, wohin wollen wir eigentlich? Was soll Graz im Jahr 2010 oder weiter gedacht sein? Wo bleibt die Vision? Wo bleibt das Positive?

Klar ist, dass eine Gesellschaft ohne die kritische Analyse und Hinterfragung ihrer selbst durch die Kunst und durch Kulturschaffende eine fortschrittslose Gesellschaft ist. Schonungslose Grenzgänge in der Auseinandersetzung mit Veränderungsprozessen der politischen Kultur oder mit Konzentrationsprozessen in der Medienwelt, mit grundlegenden ökonomischen Veränderungen und deren Auswirkungen auf das Individuum und die Solidargemeinschaft, aber auch die tiefe persönliche "Beschau" der eigener Existenz prägen die Gesellschaft und ihre Individuen kritisch und nachhaltig. Eine lineare Sparpolitik "entsorgt" sich dieser Unbequemem, Unangepassten, Aufrüttelnden und entledigt sich so schmerzhafter Infragestellung. Um das zu verhindern, muss der Verteilungsschlüssel ein gerechter werden und über die gesamte Kulturlandschaft erstreckt werden, schonungslos und ohne Ausnahmen.

Wenn es überhaupt noch eine Nachhaltigkeit von 2003 geben kann, dann die, dass wir die Erfahrungen und Erkenntnisse, das Wissen und die entfalteteten Fähigkeiten des Kulturhauptstadtjahres nutzen und visionär und produktiv umsetzen. Die Oberliga muss das Ziel sein, um nicht zum Gespött Europas zu werden. Bedenkt man nämlich, dass vor einem Jahr noch unzählige Delegationen nach Graz gekommen sind, um sich Informationen zu holen, wie es denn möglich war, derart bravourös und auf höchstem Niveau das Kulturhauptstadtjahr auszurichten, so kommen sie heute, um zu lernen, was sie anders machen müssen, um ja nicht das "Graz nach 2003" zu werden.

Was bleibt zu sagen? Mit der Entscheidung, nicht in die KSG des Landes einzutreten, haben wir die einmalige Chance zu beweisen, dass wir unsere Lektion

gelernt haben: Graz war Kulturhauptstadt, Graz ist Kulturstadt. Und Graz ist verpflichtet, sein Know-how und seine geographische Lage einzusetzen, um zu einem pulsierenden Zentrum der Kunst und Kultur Südosteuropas zu werden.

Zur Setzung erster Schritte in Richtung einer gerechten, bewusstseinsfördernden und breiten Kulturpolitik stelle ich folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat möge beschließen,

1. im Sinne einer gesamtheitlichen Verteilungsgerechtigkeit möge eine dem Institutionscharakter entsprechende Evaluierung im Kulturförderbereich hinkünftig nicht nur innerhalb der freien Theaterszene, sondern auch bei den Theatern Graz und anderen Großveranstaltungen durchgeführt werden,
2. Kulturveranstaltungen mit Eventcharakter mögen künftig aus dem Budget des Amtes für Wirtschaft und Tourismus bedeckt werden,
3. längerfristige Förderungsvereinbarungen mögen künftig eine Indexanpassung beinhalten,
4. Förderungsvereinbarungen mit mehrjährigen Verträgen sind auch zum Beispiel für Elektronische Musik, Neue Medien, Freies Radios etc. anzustreben.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.